

Erscheint Wochentags 2 Mal.

Früh 6 1/2 Uhr. Nachmittags 5 1/2 Uhr. Sonn- und Festtags nur früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition Johannisgasse 33.

Für die Rückgabe eingekaufter Exemplare macht sich die Redaction nicht verantwortlich.

Kannahme der für die nächstfolgende Morgen-Ausgabe bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.

In den Filialen für Post-Annahme: Otto Krumm, Universitätsstr. 22, Louis Köhler, Katharinenstr. 18, p. nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 33.

Montag den 19. Januar 1880.

74. Jahrgang.

Leipzig, 19. Januar.

Zur parlamentarischen Lage wird und aus Berlin vom Sonntag geschrieben: Die Budget-Commission des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Gesetzentwurf, betreffend die Verwendung der aus dem Ertrage von Reichsteuern an Preußen zu überwiesenden Geldsummen. In eingehender Discussion wurde von liberaler Seite nachdrücklich betont, daß der von der Regierung vorgelegte Entwurf nicht dem Sinne und der Absicht des im vorigen Jahre getroffenen Abkommens entspreche, da nach demselben der Landesvertretung die Möglichkeit entzogen würde, jährlich im Etat festzusetzen, welcher Betrag an Classen- und Einkommensteuer nicht erhoben werden soll. Die Majorität der Commission schloß sich dieser Auffassung an, welche demnach in der Gestalt des §. 2 des Gesetzentwurfs ihren Ausdruck fand. Zunächst wurde der §. 1 der Regierungs-Vorlage mit einem Zusatz versehen, nach welchem die Bestimmungen des Gesetzes auch auf diejenigen Summen Anwendung finden sollen, welche etwa in Folge noch zu erwartender weiterer Steuerreformen des Reichs Preußen überwiesen werden könnten. Der §. 1 erhielt demnach folgende Fassung: Die dem preussischen Staat aus dem Ertrage der Hölle und der Tabaksteuer (§. 8 des Reichsgesetzes vom 13. Juli 1879 Reichsgesetzblatt Seite 207) oder in Folge weiterer Steuerreformen des Reichs jährlich zu überweisenden Summen — unter Berechnung resp. Abschätzung desjenigen Betrages, um welchen für dasselbe Jahr der von Preußen zu leistende Matricularbeitrag weniger oder mehr beträgt, als die im Staatshaushaltetat für 1879/80 vorgesehene Summe — werden nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen zum Erfolge eines entsprechenden Betrages an Classen- und Einkommensteuer verwendet, insoweit darüber nicht mit Zustimmung der Landesvertretung behufs Befriedigung der Staatsausgaben oder behufs der Ueberweisung eines Theils des Ertrages der Grund- und Gebäudesteuer an die Communalverbände anderweit Verfügung getroffen ist. Demnach wurde der §. 2 in folgender Gestalt angenommen: Ueber die Verwendung der nach §. 1 für die daselbst bezeichneten Zwecke verfügbaren Summen oder eines Theils derselben zum Classen- und Einkommensteuerertrag wird auf Grund der Vorschläge durch den Staatshaushaltetat für 1879/80 Entscheidung getroffen. Nach dieser principiellen Entscheidung wurde die weitere Berathung wegen des Beginns der Plenarberathungen des Hauses vertagt.

Der einzige Tag brachte die „Nat.-Ztg.“ die Notiz, daß der König von Dänemark bei seiner Anwesenheit am Berliner Hofe dem Kaiser Wilhelm mitgeteilt habe, daß sein Schwiegersohn, der Herzog von Cumberland, sich entschlossen habe, in seiner Weise nachzugehen. Das Kopenhagener Blatt „Dagens Nyheder“ erklärt diese Nachricht für völlig unbegründet. In den Verhandlungen mit den hessischen Agnaten ist — so schreibt man uns aus Kassel vom 18. d. M. — abermals eine neue Phase eingetreten, deren tatsächlicher Hintergrund die zwischen der Regierung einerseits und den drei der hessischen Agnaten, welche einer Rentenabfindung zustimmen, bereits verabredeten Stipulationen wiederum illusorisch zu machen droht. Wie wir bereits mittheilten, geht die Vertragsbestimmung dahin, daß den auf ihre Rechte am Fideicommissvermögen zu Gunsten Preußens verpflichteten Contractanten neben der jährlichen Anpanne je eine Abfindung zugewilligt wird, welche in einer Jahresrente von ca. 56,000 Mark besteht und für 8 Jahre pränumerando bezahlt werden soll, sowie ferner, daß jeder der Agnaten eines der disponiblen Schicksel erhält. Nun soll aber die erforderliche Summe von rund 1,354,000 Mark aus dem einen integrierenden Theil des Fideicommissvermögens bildenden sog. Hausfideicommiss entnommen werden, während die effertierten Schlösser in Woburn, Kottenburg und Schöndorf ebenfalls Bestandtheile des in Rede stehenden Vermögens selbst sind. Gegen eine solchergestalt zusammenzubringende Abfindung protestirt aber wiederum der dissentirende Prinz Wilhelm, der eine Besorgung Dritter aus einem Vermögen, auf das auch er Anspruch hat, nicht zulassen will und sich hierbei auf das Urtheil des hessischen Kreisgerichts vom April 1877 stützen kann, das dem Fiskus ausdrücklich jeden Eingriff in das Vermögen untersagt, — und als ein Eingriff müßte es doch wohl gelten, wenn Preußen das Kaufgeld herauszuerlösen wollte, ohne sich gleichzeitig mit sämmtlichen Agnaten abzufinden! Hierdurch dürfte wohl ein Vergleich nicht eher möglich sein, bis auch die Verhandlungen mit dem Prinzen Wilhelm ein positives Resultat ergeben haben.

Am Sonnabend fand in Wien eine Sitzung der ungarischen Delegation statt. Das „Zs. T. U.“ berichtet über die Verhandlungen wie folgt: Der Referent Falk leitete die Debatte über das Budget des Ministeriums des Auswärtigen mit einer Rede ein, in welcher er namentlich auf die vorübergehenden Erklärungen des Ministers des Auswärtigen hinwies, die Festhaltung des wertvollen Bundes mit Deutschland betone und die Erwartung aussprach, daß ein gerechter Ausgleich der volkswirtschaftlichen Interessen mit Deutschland stattfinden werde. — Szilagi meinte, daß das Bündniß mit Deutschland seinen Werth durch Erfolge und Thaten zu beweisen haben werde. Eine allgemeine Beruhigung, wie sie von dem Berliner Vertrage erhofft worden sei, sei bis jetzt noch nicht eingetreten. Weitere Opfer seien zu vermeiden. Die Nachstellung Oesterreich-Ungarns im Orient habe sich nicht gehärtet. Seine (des Redner's) Partei werde eine abwartende Haltung beobachten. — Graf Andrássy betonte dem Vorredner gegenüber, daß die Opposition seiner Zeit unermessliche Bewusstseinsprophetie habe. Er und Baron Hammerle hätten sich in ihren Erwartungen nicht getäuscht, die Monarchie sei im Oriente auf die vollen gerechten Ansprüchen entsprechende Stufe erhoben worden. Die Aufgabe der Zukunft werde es sein, die erzunehmenden Vortheile zu verwerten. Graf Andrássy rechtfertigte sodann sein Verhalten gegenüber Serbien und erklärte, daß er unter den damaligen Verhältnissen alles Mögliche gethan habe. Der Sectionschef Callay betonte, daß die aus dem Bündniß mit Deutschland resultirende Erhaltung des Friedens für beide Theile viel wichtiger sei, als manche andere positive Thatfache. Das Freundschaftsverhältnis könne nicht von gewissen Resultaten abhängig gemacht werden, sondern diese Resultate würden erst in Folge des intimen Verhältnisses erreicht werden. Hierzu beruhe auch die Hoffnung auf die Beilegung der volkswirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die Delegation nahm schließlich das Budget des Reichers und dasjenige des Finanzministeriums an, verändert an.

Der türkische Minister des Auswärtigen, Samas Pascha, hat an die Vertreter der Flotte im Auslande eine Depesche gerichtet, welche sich über die Kämpfe an der montenegrinischen Grenze verbreitet, zwei Telegramme vom 8. und 10. Januar, die dem montenegrinischen Geschäftsträger in Konstantinopel zugegangen sind, mittheilt und daran die Bemerkung knüpft: Ein Excellenz werden bemerken, daß diese beiden Telegramme des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten des Fürstenthums sich in der augenfälligsten Weise widersprechen. Nach dem ersten vernehmen die Montenegriner den Kampf, um kein Blutvergießen zu veranlassen. Dem zweiten zufolge werfen sie die Albanesen zurück und bringen ihnen betrübliche Verluste bei. Thatfache ist, daß die Montenegriner zum dritten Male mit Gewalt in das Gebiet von Gussinie eingedrungen sind und daß in Folge dessen Blutvergießen wurde. Man braucht nur einen Blick auf eine Karte zu werfen, um zu erkennen, daß Belica und die anderen Orte, wo der Kampf stattgefunden, auf dem Gebiete von Gussinie liegen. Ueberrassend reicht schon der gesunde Menschenverstand hin, um jede Möglichkeit einer Expedition der Bewohner von Gussinie zum Zwecke des Einfallens in Montenegro auszuschließen. Aus dem Vorstehenden erhellt, daß die von der Regierung Montenegro's ausstehenden Anschuldigungen der Begründung entbehren und daß die kaiserliche Regierung bei diesem wie bei allen anderen Anlässen mit der größten Loyalität vorgeht.

Aus St. Petersburg erhält die „Post“ den folgenden interessanten Bericht: „Alle Gerüchte, als ob Se. Majestät der Kaiser an seinem Regierungsjubiläum, dem 19. Februar (2. März), die Regierung dem Großfürsten-Gesamtwitich übergeben und sich in das Privatleben zurückziehen wolle, sind vollkommen aus der Luft gegriffen. Ganz im Gegenteil wird dieses wichtige Fest mit besonderer Feierlichkeit begangen werden. Bei dieser Gelegenheit werden in fast allen größeren Städten und von vielen Corporationen milde Stiftungen ins Leben gerufen werden. Der Adel des Gouvernements Woronesch wird ein Capital spenden, um in der Gouvernementsstadt eine Universität zu gründen. Auch hofft man, daß zu derselben Zeit der Finanzminister endlich die Concession zu der seit fünfzehn Jahren erwarteten sibirischen Eisenbahn erteilen werde. Das seit einigen Tagen bekannt gewordene Finanz-Budget für 1880 schließt mit 666 Millionen Einnahmen und Ausgaben. Das brillante Resultat des Abchlusses für 1878 läßt hoffen, daß die für das laufende Jahr gestellten Erwartungen sich erfüllen werden. Ein Deficit dürfte schwerlich zu befürchten sein. Tausig ist es, daß die Staatsschulden auf dem Budget mit mehr als 170 Mill. Rubeln verzeichnet sind. Sie nehmen also mehr als ein Viertel der Staats-Einnahmen in Anspruch. Eine solche Piffer zeigt klar und deutlich, daß für Rußland ein europäischer Krieg Wahnsinn wäre, und können daher alle Gerüchte über Kämpfe an der Westgrenze nur als erfunden bezeichnet werden. Wie aus Paris gemeldet wird, besteht das Project, eine Fusion zwischen der „Gauche Répu-“

blitaine“ und den fortschrittlichen Mitgliedern des linken Centrums wie den gemäßigten Elementen der „Union Republicaine“ zu einer einheitlichen Gruppe herbeizuführen, welche dann die ministerielle Minorität wäre. Man bemerkt in politischen Kreisen, daß die drei Hauptorgane des linken Centrums, „Journal des Debats“, „Globe“ und „Parlament“, in theils spöttischem, theils verächtlichem Tone die ministerielle Declaration kritisiren. Wahrscheinlich wird die Gruppierung der Republikaner dem Ministerium gegenüber die folgende sein: Etwa zwanzig conservative Dissidenten des linken Centrums, ledig bis achtzig unverfälschte Radicale und 250 bis 300 entschiedene Ministerielle. Man legt dem Cabinet die Absicht unter, sich umgebend von befreundeter Seite über das Programm interpelliren zu lassen, um gleich vorweg ein Vertrauensvotum zu seiner parlamentarischen Stärkung zu erlangen. Beachtenswerth ist, daß im großen Publicum die ministerielle Declaration mit bezeichnender Gleichgültigkeit aufgenommen wird.

Die beschäftigungslosen Arbeiter Dublins, mehrere Tausende an Zahl, veranstalteten am letzten Donnerstage eine Demonstration auf Parnell's-Grüne und marschirten sodann in geschlossener Ordnung nach dem Ransien-House, um dem Lord-Mayor ihre hülflose Lage vorzustellen. Dem Zuge voran wurde eine schwarze Fahne und eine Stange, auf deren Spitze ein Brod steckte, getragen. Der neue Lordmayor der irischen Metropole, Parlamentariermitglied Gray, hielt eine Ansprache an die Demonstranten, worin er ihnen die wenig tröstliche Mittelstellung machte, in vielen Theilen Irlands sei der Nothstand so groß, daß binnen drei Wochen Hunderte von Menschen buchstäblich verhungern würden. In Afghanistan sieht es wieder schlimm aus. Die Insurgenten haben sich nun auf die Verbindungen des Generals Roberts geworfen und Dacca und Lunde-Kotal festig angegriffen. Man mußte eilig nach den bedrohten Punkten Verstärkungen schicken. Der in Allahabad erscheinende „Pioneer“ erwähnt gewisser Entschüllungen politischer Natur, die dazu angethan seien, Beforgnisse zu erregen. Sie sehen mit Rußland und dem Maharadscha von Kashmir im Zusammenhang, zwischen welchen angeblich Beziehungen herrschen, die Indien berühren dürften. Es verlohnt, daß das Indische Amt in England bereits Kenntniß von diesen Entschüllungen habe.

Festmahl der Gemeinnützigen Gesellschaft.

Leipzig, 19. Januar. In treuer Befolgung eines patriotischen Brauches versammelten sich gestern die Mitglieder der Gemeinnützigen Gesellschaft und zahlreiche Gäste im Saale des Kaufmännischen Vereinshauses behufs der Erinnerungsfest des Jahresfestes der Proclamation des deutschen Kaiserreiches zu einem feierlichen Festmahl. Der Saal war in entsprechender Weise durch einen decorativen Pflanzenaufbau, aus dessen Grün die Kaiserkrone hervorgehoben, geschmückt. Den ersten Trinkspruch, auf Se. Maj. den deutschen Kaiser, brachte der Präsident der Geseilschaft, Dr. Wachsmuth, aus. Der Redner sagte ungefähr folgendes: Während in den monarchischen Nachbarstaaten Deutschlands nur ein politischer Feiertag gefeiert zu werden pflegt — der Geburtstag des Fürsten — habe man in Deutschland, seit der deutsche Staat aus dem Gebiete der idealen Wünsche heraus in die Wirklichkeit getreten sei, neben der Feier des Geburtstages unseres Kaisers auch die Feier des 18. Januar feiergehalten, des Tages, an welchem in ewig denkwürdiger Stunde in dem Königschloß von Versailles angesichts der noch unbegonnenen feindlichen Feinden und des Volkes das deutsche Kaiserreich errichtet und der Geburtstag des Kaisers festgesetzt und auf, und des errungenen Friedens bewußt zu bleiben; der 18. Januar möge nun Winkeln der lebenden Generation als ein Gedächtnis an den Kampf um diesen Feiertag gelten; denn unserer Generationen gehören zum Theil noch die Verämpfer und Märtyrer der deutschen Einheitsbestrebungen an.

Nach einem nehmigen Worte Goethe's sei der Dank jenseit die Folge des schlechten Gedächtnisses; die Scharfung der Erinnerung an die Thätigkeit Deutschlands vor der Wiedererhebung des Deutschen Reiches müsse demnach dem Dank wehren, das Gefühl der Dankbarkeit beleben. Die Durchführung einer Vergleichung der Vergangenheit und Gegenwart im Einzelnen sei in dieser Stunde nicht möglich; es genüge, nur Einiges hervorzuheben. Während früher das Bekenntniß, ein Deutscher zu sein, unermessbar gewesen sei von dem Gefühl der Befähigung über die Jerrissenheit und Ohnmacht des Vaterlandes, trage jeder Deutsche jetzt das Bewußtsein des deutschen Staatsbürgerrechts in sich; selbst der Seemann fühle auf den Wellen des Oceans sich noch

auf dem festen Boden des Vaterlandes. Die einheitliche Verfassung mache es unmöglich, daß der Deutsche je wieder Blut und Leben für andere Zwecke als die des Gesamt Vaterlandes hingieße, wie dies leider früher so oft geschehen. Das Meer, früher ein todes Werkzeug, das man zur Zeit der Noth hervor suchte, sei jetzt, was die Schöpfer der Verfassung schon 1813 gemollt, der bewaffnete Arm des Staates geworden, ein lebendiges Glied des staatlichen Gemeinwesens.

Während vor der Reichsverfassung die Einheit des Reichs, wo sie überhaupt beabsichtigt, an der Ansehnlichkeit von Schaumburg und Lippe habe scheitern können, werde jetzt das Recht in gleichmäßiger Oechnungsverfassung geübt von den Ufern des Bodensee bis zur Nord- und Ostsee, tiebe das materielle einheitliche Recht für das nächste Decennium in Aussicht. Die Krisen, welche früher in unregelmäßigen Intervallen die Völkervereinigung — damals den härtesten politischen Verband — bedroht, seien jetzt unentbar. Die lästige und verlustbringende Vorkriegszeit des Rump- und Gewichtsweins sei in überaus kurzer Zeit der einheitlichen Gestaltung geworden, auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens Ordnung und Einheit geschaffen oder angebahnt.

Der Allem aber sei noch zu gedenken des hohen Friedensamtes, dessen das jetzt verachtete, nun mächtig gewordene, aber auf friedlichem Wege mit allen Nachbarn angelegene Deutschland jetzt walte. Welle man in wenigen Worten über die Vergangenheit wie hoch die Gegenwart über der Vergangenheit emporragt, so vergegenwärtige man sich, daß noch im Jahre 1863 die Hoffnungen unserer kühnen Politiker für unsere Generation sich nicht über ein Zollparlament erhoben hätten — während in der That das Erreichte weit hinausgeht über die Pläne des Jahres 1848, in welchem doch kaum für jede Neugestaltung, für jedes phantastische Staatsgebilde geschaffen schien.

Diese Erinnerungen an das Jahr 1848, in welchem die edelsten Kräfte der Nation an der Neugestaltung Deutschlands gearbeitet, auf welchem neue Kämpfe und Leiden für das Vaterland herorgegangen, richteten unsere Blicke auf den Begründer des Deutschen Reichs. Klar habe er damals in einem Briefe an Dahlmann die Ziele der deutschen Politik bezeichnet; und deshalb sei die Ablehnung der deutschen Kaiserkrone im Jahr 1848, der Tag von Olmütz, eine Erfahrung verbitterter Art für ihn gewesen. Und als er dann die Hoffe für die deutsche Einheit, die Verrechtlichung — sein eigenes Wort — geschaffen, habe er zugleich mit seinem großen Staatsmann lange Jahre hindurch den Schmerz auf sein gültiges und menschenfreundliches Herz nehmen müssen, sich von seinem Volke verkannt zu sehen.

Das dankbare Gedenken an die Verämpfer des Deutschen Reichs, die Freude am Vaterlande und die Hoffnungen für die Zukunft lasse Redner zusammen in einem Hoch auf Kaiser Wilhelm, dessen große Tage Gott segnen möge.

Die Versammlung hatte sich bei den letzten Worten des Redners von den Sigen erhoben und stimmte begeistert in das Hoch auf den deutschen Kaiser ein.

Der zweite Trinkspruch, von Herrn Geh. Rath Prof. Dr. Windscheid ausgebracht, galt Sr. Maj. dem König Albert von Sachsen. Der Redner betonte, wenn wir uns der hohen Bedeutung des Tages für Deutschland freuten, so unterlasse man nicht, auch des engeren Kreises, des Landes, dem wir als Bürger angehören, zu gedenken. Das Reich sei eine Einheit in der Vielheit und es beschränkte die Selbstständigkeit seiner Glieder nicht mehr, als zur Erreichung seiner Zwecke notwendig sei. Bei dem Gedanken an unser Land wendeten wir unsere Blicke empor zu dem Manne, der dessen Krone zu tragen berufen sei. Vom deutschen Volke gelte der Satz, daß es überwiegend monarchisch gefimmt sei. Wenn das wahr sei, so müßten wir es mit Dank anerkennen, daß die Vorsehung Deutschland eine Reihe von Regenten gegeben, welche es dem Deutschen leicht gemacht haben, seinen monarchischen Vergebensbedürfnis zu genügen, welche in ihren Staaten als dessen erste Diener herrschten. Wenn sich der Sachse so gern von dem kriegerischen Ruhme seines Königs erzählen lasse, wenn der Leipziger eine besondere dankbare Freude darüber empfinde, daß König Albert mit Leipzig durch seine hohe Eigenschaft als oberster Rector der Universität eng verbunden sei, so interessire uns doch noch mehr die Frage, was der König für Sachsen ist. Und da gebe sich uns die Antwort, daß König Albert ein einfacher, schlichter Mann ist, der nicht mehr scheinen will, als er in Wirklichkeit ist, der nicht im Genuß, sondern in treuer Arbeit die Erfüllung seines Lebensberufes sucht, der seine ernsten Studien und gereichten Lebenserfahrungen zur Weisheit seines Volkes anwendet und in Wahrheit der erste Bürger seines Landes ist. Die Versammlung entsprach ebenfalls mit Begeisterung der Aufforderung des Redners, Sr. Maj. dem König Albert ein dreifaches Hoch auszubringen.

Herr Stadtrath Ludwig Wolf gedachte im nächstfolgenden Trinkspruch des deutschen Völkers, der eigentümlichen Schöpfung unseres Reiches, welche

Abonnementpreis viertel, 3 Mt., incl. Fringelohn 6 Mt., durch die Post bezogen 6 Mt. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 30 Pf. mit Postbeförderung 48 Pf.

Intrate 2 Gr. 1/2. Zeitungs 20 Pf. Größere Schriften laut unterm Preisverzeichnis — Tabellencher 20 Pf. nach höherem Tarif.

Redaction unter dem Redactionsschild die Spaltseite 40 Pf. Instrate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pränumerando oder durch Postverlauf.

Vertical text on the left margin, likely a list of prices or names, partially cut off.